

Vortrag Berlin

Eigentlich gibt es Lateinamerika gar nicht. Ein Südamerikaner sagte mir einmal: das ist eine Erfindung von französischen Politologen. Die geografische Region von der Südgrenze der USA bis Feuerland einschließlich der Inselkaribik ist so unterschiedlich, dass es schwer fällt, irgendeine Gemeinsamkeit festzustellen, die für alle gleichermaßen gilt. Ich werde dennoch von Lateinamerika sprechen – meine dabei aber immer den Raum in seiner ganzen Vielfalt.

Über Außenpolitik gibt es immerhin dicke Bücher, mit denen ich hier nicht konkurrieren will. Kurz gesagt, geht es in der Außenpolitik um die drei Themen, die für unser gesellschaftliches Zusammenleben mit anderen entscheidend sind: um Frieden, Arbeit und Umwelt.

Zum Frieden gehört nicht nur Abwesenheit von Krieg, sondern auch die Prävention und Bewältigung von inneren und äußeren Konflikten, die Verrechtlichung internationaler Politik insbesondere der Achtung der Menschenrechte und die interkulturelle Verständigung.

Den Begriff Arbeit setze ich hier stellvertretend für die internationale Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik, die sich ja unmittelbar auf unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch auf die Arbeitsplätze auswirken. Dazu gehört nicht nur der reale und monetäre Kreislauf, sondern vor allem auch die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen und Regeln, die national, regional oder global gesetzt werden.

Eine durchhaltbare Entwicklung – das trifft aus meiner Sicht den englischen Begriff „sustainable development“ besser als der gängige Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ – eine solche Entwicklung zu erreichen, ist vorerst eine unerfüllte, aber sehr wichtige Aufgabe internationaler Politik für die Zukunftssicherung. Das bedeutet, dass wir unseren Kindern und Enkeln nicht eine Welt hinterlassen dürfen, die sozial, wirtschaftlich und ökologisch völlig aus dem Lot gerät.

Talleyrand gab einem französischen Botschafter, der um Instruktionen bat, mit auf den Weg: „Faites aimer la France“ – Machen Sie, dass Frankreich geliebt wird. Auch heute ist es Grundlage jeder Außenpolitik, dass wir Freunde finden, uns Gehör verschaffen und Verständnis für unsere Anliegen finden. Dabei ist es die Besonderheit der Außenpolitik, dass in der Regel niemand dazu gezwungen werden kann, sondern dass Überzeugungskraft und Verhandlungsgeschick – selbst zwischen sehr unterschiedlich Mächtigen – die Hauptrolle bei der Lösung von Problemen spielen.

Bilaterale Beziehungen zwischen souveränen Staaten sind deshalb nach wie vor die Grundlage der Außenpolitik. Dafür unterhalten wir Botschaften und Generalkonsulate, daran arbeiten die Außenministerien in jedem Lande mit.

Viele der drängenden Probleme sind aber heute nicht mehr bilateral zu lösen. Regionale Zusammenschlüsse gewinnen an Bedeutung, deutsche Außenpolitik wird immer stärker zu einem Teil der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik GASP. Mit Lateinamerika gibt es regelmäßige Dialogtreffen auf Ebene der Außenminister mit der Rio-Gruppe, dem Mercosur und Chile, mit der Andengemeinschaft und mit Zentralamerika. Zuletzt fanden diese Treffen im März 2001 in Santiago de Chile statt.

Die Globalisierung Lateinamerikas begann 1492, als die Indianer entdeckten, dass Kolumbus angekommen war. Heute wächst die Welt immer mehr zusammen – dagegen hilft auch keine Demonstration gegen die Kugelgestalt der Erde.

Allerdings wäre es auch falsch, so zu tun, als kämen all die Phänomene der Globalisierung über uns wie Manna vom Himmel – wie die einen meinen – oder wie Naturkatastrophen, was andere zu denken scheinen. Globalisierung ist eine Tatsache, der Umgang damit aber ist eine politische Gestaltungsaufgabe, daher die Rede von „Global Governance“.

Globale Fragen brauchen globale Regeln. Multilaterale Außenpolitik, wie sie in den Vereinten Nationen – aber nicht nur dort – betrieben wird, entwickelt sich immer mehr zu einem entscheidenden Faktor für „Global Governance“, wo es darum geht, Globalisierung aktiv zu gestalten anstatt sie passiv hinzunehmen.

Lateinamerika ist heute ein wichtiger Partner bei dieser Gestaltungsaufgabe, weil dort eine Auffassung von Zielen und Werten herrscht, die sehr weitgehend mit denen Europas übereinstimmt. So können wir Bündnisse für globale Fragen bilden und in internationalen Organisationen enger zusammenarbeiten.

Deutsche Außenpolitik hat naturgemäß einen Schwerpunkt in Europa: die Vertiefung und Reform der Europäischen Union, ihre Erweiterung vor allem nach Mittel- und Osteuropa, die Konflikte auf dem Balkan und das Verhältnis zu Russland haben für Deutschland Priorität. Das transatlantische Verhältnis zu den USA hat ebenfalls hohen Stellenwert. Die Krisen im Nahen Osten finden in unserer Nachbarschaft statt und fordern ein stärkeres Engagement.

Diese Themen beherrschen auch die Medien und lassen manchmal den Eindruck entstehen, als sei der Rest der Welt, darunter auch Lateinamerika, in Gefahr, vergessen zu werden. Es wird nicht gerade viel aus Lateinamerika berichtet und wenn, dann stehen Krisen und Katastrophen im Vordergrund – gute Nachrichten sind bekanntlich keine Nachrichten.

Und dabei gibt es eine sehr wichtige gute Nachricht aus Lateinamerika: während noch vor 20 Jahren die Mehrzahl der Staaten Militärdiktaturen waren, in denen schwere Verletzungen von Menschenrechten an der Tagesordnung waren, gibt es inzwischen fast überall in der westlichen Hemisphäre demokratische Wahlen. Die Achtung der Menschenwürde ist heute offizielle Politik der Regierungen in der Region. Dieser Fortschritt bleibt auch dann bemerkenswert, wenn festgestellt wird, dass die neuen Demokratien noch brüchig sind, dass es auch Rückschritte gibt und dass die Durchsetzung der Menschenrechte weiterhin nicht überall gesichert ist.

Die zweite gute Nachricht ist, dass Lateinamerika heute in hohem Umfang Kapital importiert und für Wirtschaftswachstum und Entwicklung einsetzt, während noch vor 20 Jahren Kapitalflucht viele der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in eine Dauerkrise geraten ließ. Obwohl Armut und Ungleichheit in Lateinamerika anhalten, haben sich verschiedene Sozialindikatoren in den letzten Jahren deutlich verbessert, die Lebenserwartung stieg, die Sterblichkeit von Müttern und Kindern sank erheblich, die Alphabetisierung schreitet voran und die Pro-Kopf-Einkommen sind bei anhaltender Ungleichheit gestiegen.

Die dritte wichtige Nachricht, von der ich nicht weiß, ob sie gut oder schlecht sein wird, ist die Meldung, dass die ganze westliche Hemisphäre sich darauf vorbereitet, bis Ende 2005 eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland zu errichten. Nachdem die NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko eingerichtet wurde, erhöhte sich der Handel mit Europa nur noch unterproportional, Europa verlor erhebliche Marktanteile am mexikanischen Markt. Es ist zu befürchten, dass viele Deutsche und Europäer auch gegenüber der panamerikanischen Freihandelszone erst aufwachen, wenn wir dort ebenfalls Märkte und damit Arbeitsplätze verloren haben.

Schwerpunkt unserer Beziehungen zu Lateinamerika sind Mexiko, Brasilien und Argentinien. Diese drei Länder wird Bundeskanzler Schröder Ende August besuchen. Alle drei sind riesige Länder: Brasilien ist größer als alle europäischen Länder mit Ausnahme Russlands zusammen und hat mit über 160 Mio. Einwohnern mehr Bewohner als Russland, Mexiko ist größer als Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien. Dort leben fast 100 Mio. Menschen, über 20 Mio. allein im Großraum von Mexiko City.

Mexiko hat im vergangenen Jahr nach 71 Jahren Herrschaft einer einzigen Partei, des Partido Revolucionario Institucional PRI, einen Regierungswechsel erlebt. Präsident Fox hat

allerdings keine Mehrheit seiner eigenen Partei PAN im mexikanischen Kongress. Die große Herausforderung für Mexiko ist es, die vor allem im Süden Mexikos vorherrschende Armut zu überwinden.

Während der Norden Mexikos und die Hauptstadt von der NAFTA einen erheblichen Wachstumsschub erhalten haben, bleibt der Süden, darunter Provinzen wie Oaxaca und Chiapas, immer mehr zurück. Fox ist der EZLN in Chiapas weit entgegengekommen, trotz mancher Beschränkungen, die ihm der Kongress auferlegt hat. Seine Initiative „Puebla bis Panama“ zur stärkeren Integration Südmexikos mit Zentralamerika soll diesen Regionen neue wirtschaftliche Impulse geben. Es bleibt abzuwarten wie sich der Konjunkturabschwung in den USA auf das zu 90% von den USA abhängige Mexiko auswirkt.

Die EU hat 1999 ein Freihandelsabkommen mit Mexiko abgeschlossen, das Europäer nach gewissen Übergangsfristen wieder weitgehend mit US-Firmen gleichstellt. Unser Handel mit Mexiko hat sich rasant entwickelt, mit einem Überschuss von fast 7 Mrd. DM im Jahre 2000.

Deutsche Politik gegenüber Mexiko ist breit angelegt und geht weit über die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen hinaus. Vor allem die kulturelle und wissenschaftlich-technische Kooperation gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay haben sich seit 1989 zum Mercosur zusammengeschlossen, der als Zollunion konzipiert ist. Zwischen diesen Ländern hat sich der Binnenhandel seit Gründung des Mercosur verfünffacht. Die EU verhandelt gegenwärtig über eine politisch-wirtschaftliche Assoziation mit dem Mercosur. Parallel dazu wird auch mit Chile verhandelt, das assoziiertes Mitglied – nicht Vollmitglied - des Mercosur ist.

Letzten Dienstag tagten in Luxemburg zum zweiten Mal seit 1999 die Kooperationsräte EU-Mercosur und EU-Chile. Die Finanz- und Wachstumskrise in Argentinien stellt den Mercosur auf eine schwere Probe. Derzeit ist die Zollunion praktisch aufgehoben und wir fragen uns natürlich, was aus dem Mercosur werden soll, falls es nicht gelingt, Argentinien auf den Wachstumspfad zurück zu bringen. Eine erneute schwere Krise in Argentinien würde auch Brasilien und wahrscheinlich weltweit alle „emerging markets“ in Mitleidenschaft ziehen, mit negativen Folgen für die Weltwirtschaft insgesamt.

Die beiden kleinen Mercosur-Staaten Uruguay und Paraguay können sich angesichts der „Giganten“ Brasilien und Argentinien kaum behaupten – aus unterschiedlichen Gründen ist der Mercosur in diesen Ländern derzeit eher weniger populär. Chile hat sich seit der Krise in Argentinien eher vom Mercosur abgewandt und geht lieber eigene Wege – auch wenn es weiterhin ein verbales Bekenntnis zur Assoziierung an den Mercosur gibt.

Doch es gibt auch positive Signale: der Mercosur-Gipfel in Asunción vom vergangenen Wochenende hat den Willen der Teilnehmerstaaten die Gemeinschaft weiterzuentwickeln und auf eine stärkere institutionelle Grundlage zu stellen, zum Ausdruck gebracht. Ob das gelingt, vor allem ob Mercosur wirklich eine gemeinsame Linie entwickelt, wird natürlich auch die Verhandlungen EU-Mercosur beeinflussen.

Mit den drei Ländern Mexiko, Brasilien und Argentinien haben wir nicht nur breit angelegte bilaterale Beziehungen, nicht nur einen engen biregionalen Dialog mit der EU, sondern auch wichtige gemeinsame Programme mit globaler Zielsetzung. Der Bundeskanzler wird sicher die Möglichkeit ansprechen, noch enger in internationalen Foren zusammen zu arbeiten. So gibt es ein ähnlich gelagertes Interesse, dass das Klimaprotokoll von Kyoto umgesetzt wird, um nicht Zeit beim Klimaschutz zu verlieren. Das Programm der G7 für den brasilianischen Regenwald PP-G7 wird fast zur Hälfte von Deutschland finanziert.

Auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik im Juni 1999 in Rio de Janeiro führte Gerhard Schröder gemeinsam mit den Präsidenten Mexikos

und Brasiliens den Vorsitz. Es wurde ein umfassender Katalog für engere Zusammenarbeit verabschiedet. Die Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs mit der Zivilgesellschaft wurde dabei besonders betont. Mit der Umsetzung der Gipfelbeschlüsse tun sich die beteiligten Länder allerdings schwer. Im Mai 2002 wird in Madrid der zweite solche Gipfel stattfinden.

Schauen wir auf Zentralamerika, dann können wir mit Befriedigung feststellen, dass die Zeit der Bürgerkriege in der Region vorbei ist. Die europäische Initiative von 1984 zu einem Dialog EU-Zentralamerika hat erheblich zum Frieden beigetragen.

Heute fühlen wir uns mit dafür verantwortlich, dass der gewonnene Frieden nicht wieder verspielt, sondern auf Grund wirtschaftlicher und sozialer Fortschritte in allen Ländern Zentralamerikas gefestigt wird. Die Integration in Zentralamerika – für die es das System SICA gibt – macht nur geringe Fortschritte. Wir versuchen, das vor allem über die EU zu unterstützen.

Das wirtschaftlich erfolgreichste Land El Salvador ist jetzt durch zwei auseinanderfolgende Erdbeben zurückgeworfen worden. Deutschland hat nicht nur humanitäre Nothilfe geleistet, sondern Projekte begonnen, die die hohe Verletzlichkeit gegenüber Naturkatastrophen vermindern sollen.

In Nicaragua hat Korruption die Legitimität der Regierung untergraben – die kommenden Wahlen werden spannend – allerdings ist kein Kandidat in Sicht, der das Land aus seiner Armut führen könnte.

Guatemala macht uns besorgt, weil die Umsetzung des Friedensabkommens stagniert. Menschenrechtsverteidiger müssen in Guatemala wieder mit ständigen Drohungen rechnen, private Gewalt ist an Stelle der früheren staatlichen getreten – keine gute Grundlage für die Konsolidierung der Demokratie. Wir müssen auch der guatemaltekischen Regierung klar sagen, dass unsere Kooperation sich an Fortschritten in Guatemala selbst orientiert.

Die karibischen Staaten sind überwiegend über das Abkommen von Cotonou – das die früheren Lomé-Abkommen abgelöst hat – mit der EU verbunden. Trotz relativ hoher Pro-Kopf-Einkommen sind die kleineren Inselstaaten sehr verletzlich gegen Naturkatastrophen, vor allem Hurricanes, aber auch gegen Einflüsse von organisierter Kriminalität z.B. des Drogenhandels. Unsere Beziehungen sind nicht sehr intensiv – wir sind nicht erbaut über Steueroasen und Geldwäsche in der Region, auch versuchen wir, der drohenden Ausbreitung der Anwendung der Todesstrafe in der Region entgegenzuwirken.

Zwei karibische Staaten will ich hier gesondert nennen: Haiti und Kuba.

Kuba ist heute nach wie vor eine Diktatur, es gibt keine freien Wahlen, die freie Meinungsäußerung bleibt ein Risiko, Dissidenten werden oft jahrelang eingesperrt, der Katalog der mit Todesstrafe bedrohten politischen Delikte wurde erheblich erweitert. Darüber sollten auch romantische Klänge vom „Buena Vista Social Club“ nicht hinwegtäuschen. Das kubanische Modell war nicht durchhaltbar, weil es auf dauerhafter Subvention durch die frühere Sowjetunion beruhte. Einen neuen, nachhaltigen Weg, wie soziale Fortschritte und der Aufbau einer soliden Wirtschaft verbunden werden können, kann Castro nicht gehen, solange er einen Machtverlust mehr fürchtet als alles andere.

Wir hoffen dennoch, dass das Kuba der Zukunft einmal beweglicher, reformfreudiger, demokratischer wird. Für dieses Kuba von morgen machen wir unsere Politik, eine Politik, die wir nur mit dem Kuba von heute beginnen können. Deshalb wollen wir engere Kooperation einschließlich entwicklungspolitischer Projekte, mehr kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ein Netzwerk von Beziehungen kann mehr gegenseitiges Verständnis fördern. Etwa 35000 Kubaner haben die frühere DDR kennen gelernt und dabei auch etwas Deutsch gelernt. Hier ist ein großes Potential für den Kulturaustausch.

Wenn wir das Helms-Burton-Gesetz ablehnen, mit dem der US-Kongress auch andere Staaten und Bürger zwingen will, sich nach US-Gesetzgebung zu richten, dann weniger wegen der Lage in Kuba, sondern weil damit das Welthandelsregime gefährdet wird. Es ist nun einmal nicht Sache des US-Kongresses, über unsere Handelsbeziehungen zu befinden.

Haiti ist mit Abstand das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Haiti kommt nicht zur Ruhe. Nachdem zunächst viele Hoffnungen auf Präsident Aristide gerichtet waren, sind diese inzwischen enttäuscht worden.

Seine Parteigänger entwickeln Gewalt gegen Andersdenkende auf der Straße, die Wahlen waren stark manipuliert, der Vorsitzende des Obersten Wahlrats musste unter Todesdrohungen das Land verlassen. Unter diesen Umständen können wir in Haiti nur mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, damit Geld nicht zur Bereicherung der alten und neuen Oberschichten missbraucht wird.

Die Andenstaaten von Venezuela bis Bolivien machen uns besondere Sorgen. In dieser Region wollen wir zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen und Demokratie und Menschenrechte fördern. Deutsche Wirtschaftsinteressen sind dort eher begrenzt, auch wenn Länder wie Venezuela und Kolumbien durchaus interessante Partner sind.

Bolivien hat seit einigen Jahren ein relativ stabiles politisches System, bei dem sich mehrere Parteien in wechselnden Koalitionen die Waage halten. Die Wirtschaft ist trotz der schwierigen Binnenlage durchaus dynamisch, das Land hofft demnächst auf steigende Einnahmen aus Gasexporten nach Brasilien.

Reformen der Verwaltung und der Justiz kommen voran – hier sind auch deutsche Berater aktiv geworden. Allerdings bleibt die große Armut großer Bevölkerungsteile ein Risiko für die politische Stabilität. Mit seiner Politik der Vernichtung von Drogenkulturen ist Präsident Banzer ein Risiko eingegangen. Er hat sich damit mit der mächtigen organisierten Kriminalität angelegt, die über erhebliche Machtmittel – einschließlich publizistischer Macht verfügt.

Peru war unter Präsident Fujimori zur Autokratie geworden. Spätestens als Fujimori das Verfassungsgericht de facto auflöste, weil es seiner dritten – verfassungswidrigen – Kandidatur nicht zustimmte, befand er sich auf der schiefen Ebene. Was inzwischen an Korruption – vor allem über seinen engen Partner Montesinos bekannt wird, übertrifft noch den ohnehin schlechten Ruf des ehemaligen Geheimdienstchefs.

Mit der Wahl von Präsident Toledo, der am 28. Juli sein Amt antritt und der übrigens in den nächsten Tagen auch Berlin besuchen wird, hat Peru die Chance zum Neuanfang. Dafür wird es internationale Unterstützung benötigen. Peru ist Schwerpunktland deutscher Entwicklungshilfe und wird dies sicher auch bleiben. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur und einer tragfähigen Wirtschaftspolitik wird nicht leicht sein.

Die Gesellschaft Ecuadors hat bisher kein Konzept für ihre Modernisierung gefunden. Der drei Stunden dauernde Putschversuch von Militärs gemeinsam mit Führern indigener Gruppen am 21. Januar 2000 zeigte, welche Spannungen sich in Ecuador aufgebaut haben. Die Nachbarschaft zu Kolumbien wird zunehmend auch zu einem Risiko für die Stabilität Ecuadors. Wir unterstützen Ecuador durch Entwicklungsanstrengungen vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Der Präsident von Venezuela, Hugo Chavez, übernahm die Macht von einem bankrotten politischen System, das sich demokratisch nannte, aber durch Korruption innerlich zerstört war. Er erfreute sich großer Popularität, sein Populismus begeisterte die Massen und irritierte die Wirtschaft. Inzwischen hat seine Popularität deutlich abgenommen, zugleich zeigt seine Regierung Züge von Militarisierung und Druck auf Andersdenkende – so sollen Ausländer,

deren Meinungsäußerungen als „beleidigend“ empfunden werden, ausgewiesen werden. Wir können nur hoffen, dass Venezuela ein demokratisches Land bleibt. Sorgen sind angebracht.

Der komplexe Konflikt in Kolumbien wäre sicher Gegenstand eines besonderen Vortrags. Hier kann ich deshalb nur sehr kurz darauf eingehen – vielleicht gibt es dazu aber in der Diskussion noch Gelegenheit zur Vertiefung. Kurz gesagt, wir unterstützen die Politik der Friedensverhandlungen von Präsident Pastrana, sind allerdings sehr skeptisch, was eine mögliche schnelle Lösung angeht.

Jetzt noch ein kleiner Exkurs zu einer Frage, die manche sich sicher schon gestellt hat: wie funktioniert denn Außenpolitik eigentlich im täglichen Geschäft:

Formell gibt der Bundeskanzler allgemeine Richtlinien, die Außenpolitik bestimmt der Außenminister in eigener Verantwortung – wenn das dem Kanzler nicht passt, kann er den Minister schließlich entlassen. Tatsächlich ist heute Außenpolitik Sache des ganzen Kabinetts geworden. Kaum ein Sachgebiet hat nicht auch mit Außenbeziehungen zu tun, es gibt etwa fünfmal so viele außenpolitische Referate in den anderen Ressorts außerhalb des Auswärtigen Amtes als innerhalb. Dabei ist es wegen Ressortegoismen, Eitelkeiten und mangelnde Kommunikation, aber auch auf Grund der Komplexität der Sachen außerordentlich schwierig, dieses Geflecht zu einer kohärenten Außenpolitik zusammenzubinden. Das Auswärtige Amt will und kann nicht den Anspruch erheben, alles und jedes selbst zu machen. Dafür nehmen die Koordinierungsaufgaben für das AA zu, die Botschaften und Konsulate führen unsere Interessen vor Ort möglichst zusammen – ich hatte als Wirtschaftsgesandter in Moskau z.B. neben Berufsdiplomaten Mitarbeiter aus fünf Ministerien, von der Bundesbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Im Auswärtigen Amt ist die grundlegende Arbeitseinheit das Referat. Für Lateinamerika haben wir drei Referate. Eines für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik, eines für die Andengemeinschaft von Venezuela bis Bolivien und eines für die Länder des Mercosur und Chile. Jedes dieser Referate ist mit einem Leiter, seinem Stellvertreter, einem Referenten, und einem Sachbearbeiter besetzt. Zwei Sekretärinnen und zwei Registratoren arbeiten allen drei Referaten zu.

Die politische Linie, die selbstverständlich vom verantwortlichen Bundesminister bestimmt wird, sichern wir überwiegend durch ein Vorlagensystem. Der Referatsleiter entwirft die Politik mal in Form einer allgemeinen Linie, mal durch einzelne Handlungsvorschläge, manchmal auf eigene Initiative, oft auf Ereignisse reagierend, oft auch aktiv Ideen der Botschafter aufgreifend. Dies wird dem Minister schriftlich vorgelegt und kommt mit seiner Paraphen und mehr oder weniger freundlichen Randbemerkungen zurück. Auf dieser Grundlage wird die tägliche Routine von den Referaten selbständig geführt. Mit einer großen Zahl anderer, überwiegend fachlich orientierter Referate findet ein dauernder Querverkehr an Anfragen, gegenseitiger Information und Abstimmung statt.

Die Regionalbeauftragten, darunter auch ich als Lateinamerikabeauftragter verfolgen die Arbeit der Referate, sind in regelmäßigen Besprechungen eingebunden und lesen alle Informationen mit, greifen aber nur ein, wenn es um Änderungen der Politik oder Abweichen von der Routine geht. Im Übrigen vertreten wir häufig die Bundesregierung in den Ausschüssen des Bundestages, der Fraktionen und bei Konsultationen und Verhandlungen mit anderen Staaten – was natürlich zu häufiger Abwesenheit führt.

Der politische Direktor, der sich täglich mit den vier Regionalbeauftragten für Afrika, Asien, den Nahen Osten und Lateinamerika berät, ist das Bindeglied zwischen der Leitung des Hauses und der Politik gegenüber den vier Regionen – er bringt einzelne zentrale Themen und aktuelle Anliegen in die Lagebesprechungen ein und bringt von dort Grundsatzentscheidungen mit.

Unsere Informationsquellen sind ca. Botschaftsberichte (etwa 1 Mio. pro Jahr), die als Telegramm oder zunehmend per e-Mail im Intranet eintreffen, Presse, Zeitschriften, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Geheimdienstberichte des BND.

Da wir nicht den Anspruch erheben, am grünen Tisch in Berlin alles zu wissen, haben die Botschafter vor Ort einen ganz erheblichen Einfluss auf unsere Politik. Ihr Urteil ist für uns meistens maßgeblich. Aus Sicht der Zentrale müssen dann allerdings die politischen Vorgaben der Bundesregierung, die Stimmung im Parlament, die öffentliche Meinung und der Gesamtüberblick über die Politik in die Entscheidungen einfließen. Das Spannungsverhältnis zwischen „verbuschtem“ Botschafter und dem „Zentralrindvieh“ ist also ganz natürlich.